

FAZ: 27.05.2019

Reformstillstand belastet die Wirtschaft

von Michael Heise

Die deutsche Wirtschaft fällt zurück. Selbst in der nicht gerade wachstumsstarken Liga der Euroländer belegt Deutschland 2018 und 2019 einen der hinteren Plätze, knapp vor Italien. Die viel gescholtene französische Wirtschaft und die vom Brexit gebeutelte britische Wirtschaft wachsen schneller, wenn auch nur um wenige Zehntel. In der öffentlichen Diskussion spielt die Wachstumsschwäche in Deutschland derzeit keine größere Rolle, was sicher auf die noch sehr gute Beschäftigungslage und die geringe Arbeitslosigkeit zurückgeht. Die Arbeitsplätze entstehen vor allem im Dienstleistungssektor, der von der Konsumkonjunktur lebt. Es ist aber eine Frage der Zeit, bis der Abschwung in der Industrie auch die anderen Sektoren in Mitleidenschaft zieht.

Die Warenproduktion ist gegenwärtig besonders davon betroffen, dass sich der Welthandel negativ entwickelt, was nicht allein, aber eben auch auf den handelspolitischen Konflikt zwischen den USA und China zurückgeht. Daran kann Deutschland alleine wenig ändern. Umso wichtiger wäre es, die innere Dynamik der deutschen Wirtschaft über Investitionen und Innovationen zu steigern. Hier steht es leider nicht zum Besten. Deutschland hat als Investitionsstandort an Attraktivität verloren, Kapital wird in großem Umfang exportiert. Es kommen einige Faktoren zusammen. Seit 2017 ist die Arbeitsproduktivität kaum noch angestiegen, während die Löhne und Lohnnebenkosten schneller als im europäischen Ausland zulegen und, vor allem im produzierenden Gewerbe, ohnehin auf wesentlich höherem Niveau liegen. Auch im Bereich der Besteuerung gehört Deutschland inzwischen wieder zur Spitzengruppe der Industrieländer, sowohl was die Unternehmenssteuern als auch die Abgabelasten bei kleineren und mittleren Einkommen angeht. Überdurchschnittlich hohe Energiepreise sind ebenfalls kein Lockmittel für Produktionsbetriebe. Der Dreiklang aus hohen Löhnen, Steuern und Energiepreisen müsste nicht negativ ins Gewicht fallen, wenn den Unternehmen eine erstklassige Infrastruktur und ein hochqualifiziertes Arbeitsangebot geboten würd. Aber auch das ist in Deutschland nur noch in eingeschränktem Maße der Fall.

Durchgreifende Maßnahmen der Politik zur Verbesserung der Situation lassen auf sich warten. Steuerentlastungen und -reformen, die schnelle Wirkungen erzielen könnten, werden mit Verweis auf knappe Mittel verworfen, obwohl die öffentlichen Ausgaben seit Jahren in großen Schritten erhöht wurden und die Steuerquote einen Spitzenwert erreicht hat. Vielmehr wird über die eigentlich zugesagte Abschaffung des Solidaritätszuschlags diskutiert, und es werden zusätzliche Ausgaben beschlossen, die das langfristige Wachstumspotential nicht erhöhen. Die größten Ausgabebeschlüsse seit 2018 betreffen Rentenerhöhungen, Familienleistungen und Strukturhilfen für das Ende der Kohleverstromung. Solche Ausgaben sind begründbar, Wachstumspotentiale erschließen sie aber nicht. Und die sind für die zukünftige Finanzierung des Sozialstaats dringend erforderlich.